

beschäftigungsorientierten nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik zugunsten des Beitritts zur wettbewerbsorientierten EU sowie ein enormer Vermögensboom im Zuge der Finanzmarktliberalisierung, der zu einem exorbitanten Anstieg der Einkommen aus Vermögensbesitz beitrug. Die Lohnquote sank innerhalb von nur 13 Jahren von 73% auf 63% des Nettoinlandsprodukts.

Anstieg in der Finanzkrise

Auf das Jahrzehnt mit dem stärksten Rückgang folgte ein Jahrzehnt mit einem markanten Anstieg der Lohnquote im Zuge der weltweiten Finanzkrise. Dies war kurzfristig das Ergebnis der schweren Rezession: Das reale BIP sank 2009 um 3,8%; das war der stärkste Rückgang von Produktion und Nachfrage seit 1945. Nettobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen brachen 2009 um 11,7% gegenüber dem Vorjahr ein; dem standen Lohnabschlüsse gegenüber, die im Herbst 2008 auch aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch ausfielen (Tariflohnindex +3,4%, unselbstständige Beschäftigung -0,7%). Dazu kam mit Verzögerung der Einbruch der Vermögenseinkommen, der zunächst die Dividenden, im Zuge der unkonventionellen Geldpolitik der EZB dann vor allem die Zinseinkommen betraf. Die Lohnquote erhöhte sich 2009 kräftig um 3 Prozentpunkte auf 67,4%. In den Folgejahren glichen einander widerstreitende Kräfte auf die Lohnquote aus: Flaue Konjunktur und niedrige Zinsen trafen auf steigende Arbeitslosigkeit. Der Konjunkturaufschwung ab 2015 führte bis 2017 nach ersten (möglicherweise zu vorsichtigen) Rechnungen nur zu einem verhaltenen Rückgang der Lohnquote, der sich 2018 fortgesetzt haben dürfte. Die hohen Lohnabschlüsse für 2019 lassen zusammen mit der Abschwächung des Wirtschaftswachstums eine Stabilisierung im Jahr 2019 erwarten.

Diesen markanten Anstieg und die darauffolgende Stabilität der Lohnquote in der Finanzkrise teilt Österreich mit Deutschland, Frankreich, Italien und nordeuropäischen Ländern. In einigen noch stärker von der Finanzkrise betroffenen Ländern und institutionell weniger gefestigten Ländern in Süd- und Osteuropa sank die Lohnquote unter anderem aufgrund des drastischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Zerschlagung von Lohnverhandlungsstrukturen und des Rückbaus des Sozialstaats markant.